



## **Resolution**

### **4. Landesjugendkonferenz JUNGE GRUPPE GdP Brandenburg**

Die im Jahr 2010 im Landtag des Landes Brandenburg beschlossene Polizeistrukturereform wurde von Anfang an durch die GdP vehement kritisiert. Die – ohne objektive Bewertung – getroffenen politischen Entscheidungen zogen nicht den versprochenen Mehrwert nach sich. Ganz im Gegenteil: Zentralisierung, Personalabbau durch fehlende Nachbesetzung von altersbedingten Abgängen, dadurch erhebliche Arbeitsverdichtung usw. sind nur einige negative Konsequenzen, bei denen unsere Kolleginnen und Kollegen die Leidtragenden sind. Deshalb fordert die Landesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Polizei des Landes Brandenburg die Landesregierung auf nachfolgende Maßnahmen einzuleiten, um die Polizei des Landes Brandenburg auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Dazu bedarf es nicht nur einer objektiven und konstruktiven Evaluation der o. g. Polizeistrukturereform. Vielmehr besteht der Bedarf an einem Perspektivwechsel von einer finanzpolitisch orientierten Polizei hin zu einer Polizei, die die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Sicherheit in den Fokus der Betrachtung zieht.

#### Polizeistrukturereform

Die Polizeistrukturereform sollte eine Struktur schaffen, die mit einem willkürlich festgelegten Personalkörper von 7000 Polizisten auskommt. Die hierbei verfolgte Zielstellung war folglich nicht die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu stärken. Der damit einhergehende Personalabbau zog eine zunehmende Arbeitsverdichtung in allen Bereichen der Polizei mit sich. Einige niederschmetternde Resultate sind: Eine Motivation auf einem historischen Tiefstand, ein durchschnittlicher Krankenstand pro Polizeibeschäftigten von 38,5 Tagen, ein Mount Everest an Überstunden usw. Zudem ist ein Kernelement der o. g. Polizeistrukturereform die Führung aus der Distanz. Dadurch ist eine faire und angemessene Einschätzung zur Beurteilung durch den Vorgesetzten nicht mehr umfassend möglich.

Die internen Probleme wirken zwangsläufig nach außen. Die Kriminalitätslage im Land Brandenburg erfährt, insbesondere im Phänomenbereich der Eigentumskriminalität, einen stetigen Anstieg. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, vor allem im Berliner Umland und den Grenzregionen, ist nachhaltig schwer erschüttert. Die Konsequenzen zeigen sich in örtlichen Bürgerwehren und –milizen, welche aufgrund der Frustration über die mangelnde Polizeipräsenz Selbstjustiz betreiben.

Wenig hilfreich ist es dabei strukturelle Defizite ausgleichen zu wollen und somit indirekt das Ergebnis der Evaluation vorwegzunehmen. Beispielhaft sei hier die Überführung der BAO Grenze in die AAO – nun SOKO Grenze in der Fachdirektion LKA – oder die Verschiebung von Kräften scheinbar weniger belasteter Dienststellen in Bereiche mit hoher Häufigkeitszahl genannt.



Gerade im Hinblick auf die aktuelle gesellschaftliche Lage, in dem die Gewalt im täglichen Dienst gegenüber den Polizeibeamten eine große Rolle spielt, muss die Polizei personell gut aufgestellt sein. Dazu gehört neben einer qualitativ hochwertigen Ausbildung auch eine dem aktuellen Stand entsprechende, zweckmäßige Ausrüstung. Die Kolleginnen und Kollegen versehen ihren Dienst mit veralteten Fahrzeugen, die in keiner Weise den aktuellen Sicherheitsstandards genügen.

## Evaluation

Aktuell führt die Landesregierung die Evaluation der Polizeistrukturreform durch. Die wiederholte und nun im Koalitionsvertrag manifestierte Korrektur der Zielzahl 2020 ist ein positives Zeichen der Politik auf den Druck der GdP. Die Evaluation darf sich dadurch aber nicht schon wieder einer reinen Zahlenbetrachtung hingeben. Die Kolleginnen und Kollegen sowie die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land müssen wieder im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Die innere Sicherheit muss im Land Brandenburg wieder eine prioritäre Rolle spielen. Eine gesunde und zukunftsfähige Polizei darf nicht nur die finanziellen Mittel des Landes berücksichtigen. Vielmehr müssen sich die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kolleginnen und Kollegen widerspiegeln. Wir fordern daher die Landesregierung auf die Evaluation zu nutzen, um die Polizei zukunftsfähig aufzustellen und dabei die Mitarbeiterin und den Mitarbeiter als Schlüsselement für eine erfolgreiche Polizeiarbeit zu begreifen.

## Personalgewinnung

Die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Polizei des Landes Brandenburg hat oberste Priorität und ist Grundbaustein einer gut funktionierenden Organisation.

Ziel muss es daher sein die Personalgewinnung nachhaltig und zukunftsorientiert zu gestalten. Mit anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes und mit der Wirtschaft konkurrieren wir um den besten Nachwuchs. Die Bewerberzahlen bleiben auf einem konstanten Niveau, jedoch sind die Zahlen der tatsächlich am Einstellungsverfahren Teilnehmenden sowie die daraus resultierenden Ergebnisse besorgniserregend.

Trotz herabgesetzter Einstellungsanforderungen schaffen wir es kaum alle zur Verfügung stehenden Ausbildungs- und Studienplätze mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen.

In der Konsequenz ist in den letzten Jahren ein qualitatives Defizit innerhalb der Einstellungsjahrgänge an der Fachhochschule der Polizei festzustellen.

Damit kann langfristig die Konkurrenzfähigkeit der Polizei des Landes Brandenburg gegenüber anderen Länderpolizeien sowie Arbeitgebern nicht gewährleistet werden.

Beim Ringen um die besten Köpfe reicht es nicht aus mit einer modernen Fachhochschule und Imagevideos zu werben.



Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten moderne Arbeitsbedingungen, vielfältige und verlässliche berufliche Perspektiven auch unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Hier zeigen sich durch Maßnahmen des Gesundheitsmanagements, der Arbeitszeit- und Arbeitsortflexibilisierung sowie zielgerichteten Qualifizierungen und Personalentwicklungen bereits gute Ansätze. Diese müssen flächendeckend umgesetzt und für alle Kolleginnen und Kollegen zugänglich gemacht werden.

Daher fordert die Landesjugendkonferenz:

- Eine konstruktive, aufgabenorientierte und offene Evaluierung der Polizeistrukturereform.
- Eine kontinuierliche Einstellung an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg von mindestens 300 geeigneten Anwärtinnen und Anwärtern.
- Einstellungen im Verwaltungsbereich durchzuführen.
- Die Stärkung der Reviere durch Führung vor Ort.
- Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen, zufrieden und vor allem gesund das Pensionsalter zu erreichen.
- Eine Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis und eine gerechte Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelung.
- Ein leicht zugängliches und transparentes Personalentwicklungskonzept, sowohl im mittleren als auch im gehobenen Dienst.
- Den Abbau des Beförderungsstaus in den Eingangsstufen des mittleren und gehobenen Dienstes.
- Die Gewährleistung eines flächendeckenden Dienstleistungsangebots.
- Eine unkomplizierte Unterstützung der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg bei der Nachwuchsgewinnung in der Fläche und bei der Personalrekrutierung – ohne Dislozierung der operativen Polizeikräfte – im Bereich der Lehre, um eine hochwertige, professionelle sowie praxisbezogene Ausbildung zu gewährleisten.
- Die Schaffung von attraktiven Studien- und Ausbildungsbedingungen an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg insbesondere Unterkünfte für die Anwärtinnen und Anwärter.
- Die Schaffung von personellen und logistischen Voraussetzungen an der Fachhochschule des Landes Brandenburg, um jährlich insgesamt 300 Anwärtinnen und Anwärter ausbilden zu können.
- Die Überarbeitung des Einstellungsverfahrens an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg, um auch bei einer hohen Einstellungszahl geeignete Anwärtinnen und Anwärter zu gewinnen.